

Strukturen die Notwendigkeit gegeben, die amtlichen Statistiksysteme in den osteuropäischen Ländern fachlich und methodisch an die marktwirtschaftlichen Informationserfordernisse anzupassen. Als Beispiele seien hier nur der Übergang vom planwirtschaftlichen MPS-Kontensystem zum international gebräuchlichen System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und die Einführung oder Anpassung der Basisstatistiken für die VGR - wie etwa Preisstatistiken, Unternehmensstatistiken und Geld- und Kreditstatistiken - genannt. Das sind Jahrhundertaufgaben, die von den osteuropäischen Ländern nicht ohne die finanzielle und technische Hilfe der westlichen Länder bzw. der EG gelöst werden können. Das Statistische Bundesamt bemüht sich zur Zeit intensiv darum, die personellen und haushaltsmäßigen Voraussetzungen zu schaffen, um den dringlichen Hilfeersuchen vor allem seitens der UdSSR aber auch des Ungarischen Statistischen Amtes und der statistischen Ämter der CSFR und Bulgariens nachkommen zu können.

Von mindestens ebenso großer Bedeutung wie die fachliche Anpassung der osteuropäischen Statistiksysteme ist jedoch die Neubestimmung der Position und der Aufgaben der amtlichen Statistik in den Ländern Osteuropas als politisch neutrale, fachlich und methodisch unabhängige, der Objektivität der Berichterstattung und der Wahrung des Statistikgeheimnisses verpflichtete Institutionen. Die Erfahrungen der Vergangenheit, die enge Verquickung der statistischen Arbeiten mit der Kontrolle der Planerfüllung und die selektive propagandistische Nutzung statistischer Informationen haben in den osteuropäischen Ländern zu einer Glaubwürdigkeitskrise gegenüber der amtlichen Statistik geführt, zu deren Symptomen u.a. auch eine gewisse Auskunftsmüdigkeit der Befragten gehört.

Auf der Ebene der Konferenz Europäischer Statistiker arbeiten die Statistischen Ämter der Mitgliedstaaten deshalb zur Zeit an einer "Charta der Amtlichen Statistik". Sie wurde vom Polnischen Statistischen Amt angeregt und soll die Grundprinzipien der statistischen Arbeit enthalten. Wir streben die Verabschiedung dieser besonders für die osteuropäischen Statistischen Ämter so wichtigen gemeinsamen Erklärung auf der diesjährigen Plenarsitzung der Konferenz Europäischer Statistiker an.



# **STATISTISCHES BUNDESAMT**

## **BERICHT**

über die

38. Tagung des Statistischen Beirats

**23. April 1991 – Wiesbaden**



## Statistisches Bundesamt

Bericht

über die 38. Tagung des Statistischen Beirats  
am 23. April 1991

Vorsitz

Hölder	Statistisches Bundesamt	Wiesbaden
--------	-------------------------	-----------

Vertreter der Bundesministerien und Bundesbehörden

Dr. Groß Frau Mank	Bundesministerium des Innern	Bonn
Dr. Kolfenbach	Bundesministerium für Wirtschaft	Bonn
Dr. Lohmann	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	Bonn
Kremp	Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung	Bonn
Frau Haines	Bundesministerium für Familie und Senioren	Bonn
Thiele	Bundesministerium für Verkehr	Bonn
Goebbels	Bundesministerium für Post und Telekommunikation	Bonn
Dr. Eisel	Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	Bonn
Frau Dr. Rost	Bundesministerium für Forschung und Technologie	Bonn
Dr. Freund	Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft	Bonn
Eckhardt	Deutsche Bundesbahn	Frankfurt/Main
Dr. Hanau	Deutsche Bundesbank	Frankfurt/Main



Vertreter der Statistischen Landesämter

Prof. Dr. Wingen	Statistisches Landesamt Baden-Württemberg	Stuttgart
Giehl	Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung	München
Prof. Appel	Statistisches Landesamt Berlin	Berlin
Dr. Neumann	Landesamt für Datenver- arbeitung und Statistik Brandenburg	Potsdam
Hannemann	Statistisches Landesamt Bremen	Bremen
Dr. Hruschka	Statistisches Landesamt Hamburg	Hamburg
Steppuhn	Hessisches Statistisches Landesamt	Wiesbaden
Pawlitzki	Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern	Schwerin
Dr. Koop	Niedersächsisches Landes- verwaltungsamt - Statistik -	Hannover
Benker	Landesamt für Datenverar- beitung und Statistik Nordrhein-Westfalen	Düsseldorf
Dr. Speth	Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz	Bad Ems
Mailänder	Statistisches Amt des Saarlandes	Saarbrücken
Muth	Statistisches Landesamt im Freistaat Sachsen im Aufbau	Dresden
Dr. Mohr	Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein	Kiel
Scheler	Statistisches Landesamt Thüringen im Aufbau	Suhl
Prof. Dr. Donda Dr. Kühn	Gemeinsames Statistisches Amt der neuen Bundesländer	Berlin

Vertreter der Verbände und Organisationen

Trutzel	Deutscher Städtetag	Köln
Recker	Deutscher Landkreistag	Bonn



Schumacher	Deutscher Städte- und Gemeindebund	Düsseldorf
Dr. Brühl	Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.	Köln
Dr. Lambertz	Deutscher Industrie- und Handelstag	Bonn
Dr. Vogt	Zentralverband des Deutschen Handwerks	Bonn
Dr. Weitz	Hauptverband des Deutschen Einzelhandels e.V.	Köln
Frau Rave	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V.	Bonn
Herkner	Arbeitsgemeinschaft Energie und Wasser e.V. (AGE)	Bonn
Graf Pückler	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände	Köln
Eckelmann-Wulf	Bundesvorstandsverwaltung des DGB	Düsseldorf
Görlich	Wirtschafts- und Sozialwissen- schaftliches Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes GmbH (WSI)	Düsseldorf
Frau Schrader	Deutsche Angestellten-Gewerk- schaft	Hamburg
Dr. Pascher	Deutscher Bauernverband e.V.	Bonn
Prof. Dr. Stäglin	Deutsches Institut für Wirt- schaftsforschung (DIW)	Berlin
Dr. Fahse	Universität Kaiserslautern	Kaiserslautern

#### Ständige Gastmitglieder

Dr. Freitag	Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.	Köln
Scholz	Bundesverband der Freien Berufe	Bonn
Schulz	Deutscher Beamtenbund	Bonn
Prof. Dr. Heiler	Deutsche Statistische Gesell- schaft	Konstanz
Frau Dziambor	Ständige Konferenz der Haupt- geschäftsführer der Verbände des Verkehrs	Köln



Teilnehmer von Landesministerien

Franz	Bayerisches Staatsministerium des Innern	München
-------	---	---------

Sachverständige

Dr. Krapp	Zentrales Einwohnerregister	Berlin
-----------	-----------------------------	--------

Weitere Teilnehmer vom Statistischen Bundesamt

Dr. Bürgin, Würzberger, Dr. Nowak, Dr. Kühn, Lützel, Dr. Dorow,  
Schwenk, Guckes, Buchwald, Frau Jäger, Kopsch



## Inhalt

### Seite

1	Stand der Einführung der Bundesstatistik in den neuen Bundesländern .....	2
1.1	Allgemeines.....	3
1.1.1	Statistikanpassungsverordnung.....	4
1.1.2	Organisationsstruktur der amtlichen Statistik für die neuen Bundesländer.....	4
1.1.3	Stand der maschinellen Ausstattung und Aufbereitung.....	5
1.2	Ausgewählte Statistikbereiche.....	5
1.2.1	Bevölkerung.....	7
1.2.2	Erwerbstätigkeit.....	8
1.2.3	Land- und Forstwirtschaft.....	8
1.2.4	Produzierendes Gewerbe.....	8
1.2.5	Bautätigkeit und Wohnungen.....	9
1.2.6	Handel, Gastgewerbe, Reiseverkehr.....	10
1.2.7	Außenhandel.....	10
1.2.8	Verkehr.....	10
1.2.9	Bildungs-, Gesundheitswesen, Soziales.....	10
1.2.10	Finanzen und Steuern.....	10
1.2.11	Unternehmensrechnungen, Wirtschafts- rechnungen.....	10
1.2.12	Löhne und Gehälter.....	11
1.2.13	Preise.....	11
1.2.14	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen.....	11
1.2.15	Umweltschutz.....	12
2	Stand der Entwicklung der Statistik in Europa.....	13



Bericht

Herr Hölder eröffnet die 38. Tagung des Statistischen Beirats und heißt die Teilnehmer herzlich willkommen. Besonders herzlich begrüßt er die Vertreter aus den neuen Bundesländern, die Herren Pawlitzki, Dr. Neumann, Muth und Scheler, die erstmalig an einer Beiratstagung teilnehmen.

Anschließend berichtet Herr Hölder über die personellen Veränderungen im Statistischen Beirat. Vortragender Legationsrat I. Klasse Dr. Runge wird als Nachfolger von Herrn von Wistinghausen künftig das Auswärtige Amt vertreten. Als Nachfolger für Herrn Ministerialdirektor Dr. Brandkamp wurde vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Herr Ministerialrat Dr. Lohmann benannt. Frau Regierungsdirektorin Behne, die als Nachfolgerin von Frau Ministerialrätin Krämer das Bundesministerium für Frauen und Jugend im Statistischen Beirat vertreten sollte, hat andere Aufgaben übernommen; ein neues Beiratsmitglied ist noch nicht benannt worden. Das Bundesministerium für Familie und Senioren wird von Frau Ministerialrätin Haines vertreten. Herr Ministerialrat Goebbels wird als Nachfolger von Herrn Postdirektor Bluhm künftig das Bundesministerium für Post und Telekommunikation vertreten. Als Nachfolger von Herrn Ministerialrat Menge, der Ende September 1990 in den Ruhestand versetzt worden ist, wurde vom Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau Herr Regierungsdirektor Dr. Eisel benannt. Den Deutschen Industrie- und Handelstag vertritt anstelle von Herrn Dr. Rohmann, der Ende Februar 1991 in den Ruhestand getreten ist, jetzt Herr Dr. Lambertz.

Herr Dr. Schiedermaier, Präsident des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung, ist Ende letzten Jahres in den Ruhestand getreten. Zu seinem Nachfolger ist der langjährige Vizepräsident Giehl ernannt worden.

Weiterhin gibt Herr Hölder bekannt, daß Herr Ministerialrat Dr. Kolfenbach am 30. Juni 1991 aus dem aktiven Dienst des Bundesministeriums für Wirtschaft ausscheidet. Er dankt Herrn Dr. Kolfenbach sehr herzlich für die langjährige gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit sowohl im Beirat selbst als auch in seinen Gremien. Seine profunde Sachkenntnis und reichhaltigen Erfahrungen, sein



großes Engagement für die Belange der Statistik hätten entscheidend dazu beigetragen, die Bundesstatistik zu verbessern und weiterzuentwickeln. Herr Hölder wünscht Herrn Dr. Kolfenbach, auch im Namen der Beiratsmitglieder, noch viele abwechslungsreiche und ausgefüllte Jahre in Gesundheit und Zufriedenheit.

Auf die Zusammensetzung des Statistischen Beirats eingehend, macht Herr Hölder darauf aufmerksam, daß der Beirat durch die Vereinigung - abgesehen von den Vertretern der Statistischen Landesämter der neuen Bundesländer, die kraft ihres Amtes Mitglieder im Statistischen Beirat seien -, keine zusätzliche Erweiterung erfahren habe. Die Regelung in § 4 Abs. 3 Bundesstatistikgesetz über die Zusammensetzung des Beirats lasse zusätzliche Berufungen nicht zu. Er bittet die Beiratsmitglieder um schriftliche Stellungnahme, aus welchen Bereichen sie eventuell eine Erweiterung als wünschenswert ansehen, betont jedoch gleichzeitig, daß die Einladung von Gästen immer möglich sei.

Zur Tagesordnung weist Herr Hölder darauf hin, daß er ergänzend über den Stand der Entwicklung der Statistik in Europa berichten wird.

#### 1. Stand der Einführung der Bundesstatistik in den neuen Bundesländern

In seiner Einleitung erinnert Herr Hölder an die letzte Beiratstagung am 3. Juli 1990 im Reichstagsgebäude in Berlin, die unter dem Eindruck der gerade vollzogenen Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion stand; inzwischen sei die Einheit Deutschlands Realität. Seit dem 3. Oktober 1990 gelten, dem Einigungsvertrag vom 31. August 1990 folgend, die bundesstatistischen Rechtsvorschriften auch in den neuen Bundesländern, das hieße, daß das gesamte Statistikprogramm auf die neuen Länder übertragen werden muß. Neben der Einführung des Programms der Bundesstatistik müsse auch die föderative Organisation der Statistik in den neuen Ländern aufgebaut werden. Es verstehe sich von selbst, daß die Einführung des Programms nur schrittweise vollzogen werden kann, aber dank der Kooperationsbereitschaft aller Beteiligten seien die meisten Statistiken seit Anfang dieses Jahres vergleichbar. In der ersten Zeit seien allerdings gewisse Friktionen hinsichtlich



Qualität und termingerechter Bereitstellung der Ergebnisse noch nicht auszuschließen.

### 1.1 Allgemeines

Der Statistische Beirat war in einer Unterlage über die intensiven Kontakte auf der Ebene der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder unterrichtet worden. Um die Hilfen aufeinander abzustimmen, vereinbarten die Leiter der Statistischen Ämter des Bundes und der alten Länder bereits im September 1990 eine "Gemeinsame Erklärung zur Unterstützung der neuen Bundesländer bei der Einführung der Bundesstatistik". Auf der Grundlage dieses Hilfsprogramms haben zahlreiche Informations- und Schulungsseminare zu nahezu allen Bereichen der Bundesstatistik für die neuen Bundesländer stattgefunden; weitere derartige Seminare sind geplant. Daneben gewinnen Praktikumsaufenthalte zunehmend an Bedeutung. Der Beirat war ferner über das Programm der EG "Maßnahmen zur Anpassung der Statistik auf dem Gebiet der ehemaligen DDR an marktwirtschaftliche Erfordernisse" informiert worden, das eine beachtliche Hilfe bei der Einführung der Bundesstatistik in den neuen Ländern darstellt. Ergänzend hierzu weist Herr Dr. Hruschka auf die zahlreichen bilateralen Kontakte und Hilfen zwischen den Statistikern aus Ost und West hin, die ebenfalls einen großen Anteil am Hilfsprogramm ausmachen.

Auch Herr Prof. Dr. Donda unterstreicht die enge Zusammenarbeit aller Beteiligten, ohne die das bisher Erreichte nicht möglich gewesen wäre. Eine Rolle spiele ferner, daß die Weichen für vergleichbare Statistikkonzepte schon sehr frühzeitig gestellt worden seien. Trotz allem könnten Anlaufprobleme und Übergangsschwierigkeiten nicht ausbleiben. Ferner weist er darauf hin, daß für einige Statistiken in den neuen Ländern der Aufbau von Verwaltungsbehörden als Meldestelle in vielen Fällen noch nicht abgeschlossen sei. Er wendet sich an die Beiratsmitglieder mit der dringenden Bitte, die Statistischen Ämter der neuen Länder bei der Aufklärung der Auskunftspflichtigen über Notwendigkeit und Nutzen der Statistik zu unterstützen, um die teilweise bestehenden Akzeptanzprobleme statistischer Erhebungen in den neuen Ländern überwinden zu helfen. Auch Herr Prof. Dr. Stäglin spricht sich für eine intensive Aufklärungskampagne aus, insbesondere sollte den Unternehmen der eigene Nutzen statistischer Angaben deut-



licher gemacht werden. Herr Dr. Freitag berichtet hierzu über die bisherigen vielfältigen Aktivitäten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie und sagt zu, die amtliche Statistik auch weiterhin tatkräftig zu unterstützen. Gleichzeitig bittet er, die berichtspflichtigen Unternehmen in den alten Bundesländern über Sinn und Zweck der Statistik des innerdeutschen Warenverkehrs noch eingehender, als das bereits geschehen sei, zu informieren.

#### 1.1.1 Statistikanpassungsverordnung

Der Einigungsvertrag vom 31. August 1990 enthält die Möglichkeit, auf dem Verordnungswege Übergangs- und Anpassungsmaßnahmen im Hinblick auf die durch die Vereinigung geänderte Situation für die Bundesstatistik zu regeln. Der Statistische Beirat war in einer Unterlage über den Inhalt der Statistikanpassungsverordnung vom 26. März 1991 informiert worden. Bei 21 statistischen Rechtsgrundlagen wurden die Erhebungsumfänge dem erweiterten Geltungsbereich angepaßt bzw. sonstige sachlich notwendige Anpassungen geregelt, so z.B. in bezug auf die Durchführung der Verdiensterhebungen, der Agrarstatistiken, die Aussetzung bestimmter, explizit 1991 für 1990 angeordneter Jahreserhebungen bzw. solcher Erhebungen, die aus sachlichen Gründen noch nicht durchzuführen sind. Angeordnet wurde darüber hinaus, in den Jahren 1991 und 1992 in den neuen Bundesländern für Zwecke der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in den Bereichen Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte, Kostenstrukturerhebungen und Investitionserhebungen den im Programm der Bundesstatistik vorgesehenen Erhebungsumfang auszuweiten.

#### 1.1.2 Organisationsstruktur der amtlichen Statistik für die neuen Bundesländer

Der Einigungsvertrag vom 31. August 1990 enthält auch Regelungen zum Übergang von Einrichtungen auf dem Gebiet der Statistik. Danach wird das Statistische Amt der ehemaligen DDR für eine Übergangsfrist, die spätestens am 31. Dezember 1992 endet, für Aufgaben, die in die Zuständigkeit der Länder fallen, als Gemeinsames Statistisches Amt der neuen Bundesländer (GeStAL) weitergeführt; es ist zum frühestmöglichen Zeitpunkt in entsprechende Einrichtungen der Länder zu überführen. Dem Statistischen Beirat liegt ein Überblick vor, inwieweit die



Arbeiten zum Aufbau Statistischer Landesämter in den einzelnen Bundesländern inzwischen fortgeschritten sind. Die anwesenden Vertreter aus den neuen Ländern berichten über den aktuellen Stand zum Organisationsaufbau und erläutern die hierbei zu bewältigenden, vor allem personellen Probleme. Bis Ende 1991 soll in allen Ländern die Rechtsgrundlage für die Einrichtung der Statistischen Landesämter vorliegen.

In diesem Zusammenhang erkundigt sich Frau Schrader von der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft nach den Perspektiven für die Beschäftigten in den Kreis- und Bezirksamtern und insbesondere für die Mitarbeiter des GeStAL in Berlin nach dessen Auflösung. Während in der Mehrzahl der Fälle davon ausgegangen werden könne, daß die Beschäftigten der ehemaligen Kreis- und Bezirksamter übernommen würden, stellt sich nach Meinung von Herrn Prof. Dr. Donda die Situation der im GeStAL verbliebenen Mitarbeiter nicht so positiv dar. Um die Chancen dieser Mitarbeiter auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen, regt Herr Prof. Dr. Donda an, im Jahre 1992 Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen durchzuführen und bittet hierfür um Unterstützung.

Gleichzeitig weist der Vertreter des Deutschen Städtetages, Herr Trutzel, am Beispiel der Preiserhebungen eindringlich auf die Schwierigkeiten hin, nach Auflösung der Kreis- und Bezirksamter in den Kommunen rechtzeitig Erhebungsstellen einzurichten. Gerade im Hinblick auf die noch für einige Zeit bestehenden Umstellungsprobleme in den neuen Ländern sollten sich die Statistischen Ämter dafür einsetzen, daß die kommunalen Statistikstellen erhalten bleiben.

### 1.1.3 Stand der maschinellen Ausstattung und Aufbereitung

Der Statistische Beirat nimmt die vorliegende Unterlage über den Stand der maschinellen Ausstattung und Aufbereitung in den neuen Ländern zur Kenntnis.

### 1.2 Ausgewählte Statistikbereiche

Dem Statistischen Beirat sind Unterlagen über den Stand der Einführung des Programms der Bundesstatistik in 15 ausgewählten Sta-



tistikbereichen zugegangen. Die Beiratsmitglieder waren insbesondere um Stellungnahme gebeten worden, wo aus ihrer Sicht derzeit die größten Defizite liegen und welche Projekte sie für die Weiterentwicklung der Statistik im vereinten Deutschland und im Hinblick auf die europäische Integration als vordringlich ansehen.

Der Statistische Beirat würdigt zunächst die großen Anstrengungen der amtlichen Statistik, ab Januar 1991 einheitliche statistische Ergebnisse für das gesamte Deutschland bereitzustellen. So konnte in wichtigen Teilbereichen, z.B. im Produzierenden Gewerbe und im Außenhandel, die vollständige Umstellung auf die Konzepte der Bundesstatistik vollzogen werden.

Für die Wissenschaft bedauert Herr Prof. Dr. Stäglin, daß bis heute Angaben über viele Bereiche fehlen, die für die Beurteilung der aktuellen Wirtschaftsentwicklung in den neuen Bundesländern notwendig seien, vor allem auch zur Analyse der Anpassungsprozesse. Nach seiner Meinung wäre es besser gewesen, die Statistiken nach altem DDR-Recht - trotz der Mängel - parallel fortzuführen, bis das neue Berichtssystem voll funktioniert. Im Hinblick auf die noch für einige Zeit bestehenden Umstellungsprobleme in den neuen Ländern wäre es aus der Sicht der Wissenschaft auch wünschenswert, mit Hilfe des vorhandenen Materials Schätzgrößen oder vorläufige Angaben zu veröffentlichen. Es würden jedoch nicht nur aktuelle Ergebnisse, sondern auch lange Reihen für die Analyse der gesamten Entwicklung benötigt werden, am wichtigsten seien Daten für die unmittelbare Zeit vor der Wende. U.a. zur Quantifizierung der Unterschiede zwischen den neuen Ländern sei auch der Aufbau einer kreisscharfen Regionalstatistik besonders dringlich.

Im Gegensatz zu Herrn Prof. Dr. Stäglin begrüßt Herr Dr. Hanau das Vorgehen der amtlichen Statistik, ab Januar 1991 einheitlich vergleichbare Ergebnisse aufgrund bundesstatistischer Rechtsvorschriften bereitzustellen. Gleichzeitig äußert er erhebliche Bedenken gegen die Veröffentlichung von geschätzten Angaben der amtlichen Statistik.

Im Hinblick auf die vielfältigen Probleme sowohl beim Aufbau der neuen Statistischen Landesämter als auch bei der Einführung der Bundesstatistik regt Herr Prof. Dr. Wingen - unterstützt von den Herren Prof. Dr. Stäglin und Prof. Appel - die Bildung einer Ar-



beitsgruppe "Aufgaben und Organisation der amtlichen Statistik in Deutschland" an. Aus dem Kreis des Beirats werden folgende Mitglieder für die Arbeitsgruppe vorgeschlagen: Statistisches Bundesamt, Prof. Dr. Wingen, Herr Pawlitzki, je ein Vertreter des Bundesministeriums des Innern und eines Fachministeriums, Dr. Hanau, Herr Trutzel, Dr. Freitag, Dr. Hockel, Prof. Dr. Stäglin, ein Vertreter der Hochschulen; daneben sollte in der Arbeitsgruppe - auf Vorschlag von Herrn Benker - auch die Dienstaufsichtsbehörde eines Landes vertreten sein.<sup>1)</sup>

Vor Eintritt in die Diskussion zu den einzelnen Statistikbereichen bittet Herr Hölder die zuständigen Abteilungsleiter des Statistischen Bundesamtes, jeweils kurz über den aktuellen Stand zu berichten.

### 1.2.1 Bevölkerung

Im Hinblick auf die Bedeutung des Zentralen Einwohnerregisters (ZER) für die laufenden Bevölkerungsstatistiken und die Bevölkerungsfortschreibung in den neuen Bundesländern nimmt dessen Leiter, Herr Dr. Krapp, als Sachverständiger an der Tagung teil. Basis für die Bevölkerungsfortschreibung im Beitrittsgebiet ist ein Auszug aus dem ZER zum Zeitpunkt der Vereinigung, der gewissermaßen an die Stelle einer Volkszählung tritt. Solange der Aufbau der Meldebehörden noch nicht abgeschlossen sei, müsse das ZER unbedingt funktionsfähig bleiben, betont Herr Dr. Hruschka und bittet Herrn Dr. Groß um Unterstützung des Bundesministeriums des Innern. Das BMI gehe von dieser Sachlage aus und mache auch seinen Einfluß dahingehend geltend; das ZER sei jedoch eine Einrichtung der Länder und die Entscheidungsbefugnis liege deshalb allein bei diesen, erklärt Herr Dr. Groß hierzu. Auf die Frage von Frau Haines vom Bundesministerium für Familie und Senioren, ob das ZER Angaben über Familienstrukturen in den neuen Ländern zur Verfügung stellen könne, sagt Herr Dr. Krapp eine Prüfung zu.

---

1) Mit Schreiben vom 14. Mai 1991 hat das Statistische Bundesamt die Herren Prof. Dr. Wingen, Dr. Freitag, Dr. Hockel und Prof. Dr. Stäglin zu einem Vorgespräch am 8. August 1991 nach Wiesbaden eingeladen. Ziel dieses Vorgesprächs soll es vor allem sein, das StBA in bezug auf die Struktur eines Diskussionspapiers für die Arbeitsgruppe zu beraten.



### 1.2.2 Erwerbstätigkeit

Für das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung betont Herr Kremp die Dringlichkeit von Ergebnissen der Berufstätigenerhebung, bei der es sich um eine Statistik der ehemaligen DDR handelt und die im November 1990 aufgrund einer entsprechenden Vorschrift im Einigungsvertrag noch einmal durchgeführt wurde, des Mikrozensus und der Beschäftigtenstatistik; er bedauert, daß Ergebnisse aus den beiden letztgenannten Statistiken erst 1992 vorliegen werden.

Unter Hinweis auf fehlende Angaben über die Beschäftigtenentwicklung im Handwerk begrüßt Herr Dr. Vogt vom Zentralverband des Deutschen Handwerks die Erfassung des Handwerks im Rahmen der Berufstätigenerhebung. Eine gesonderte Darstellung der Ergebnisse für das Handwerk kann jedoch nur dann vorgenommen werden, wenn die Frage nach der Eintragung in die Handwerksrolle zutreffend beantwortet worden ist. Die Handwerksergebnisse sind deshalb zunächst äußerst sorgfältig vom GeStAL zu überprüfen.

### 1.2.3 Land- und Forstwirtschaft

Der Vertreter des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Herr Dr. Lohmann, unterstreicht die Bedeutung der Landwirtschaftszählung 1991 insbesondere für die neuen Länder und begrüßt, daß die Zählung nunmehr auch in Brandenburg gesichert ist. Im Hinblick auf die bereits eingeleitete Verlagerung der Agrarstatistik nach Berlin während der Durchführung der LZ bittet er - unterstützt von Herrn Dr. Mohr - das Statistische Bundesamt, alle Vorkehrungen zu treffen, um eine erfolgreiche Durchführung der Landwirtschaftszählung sicherzustellen. Das Statistische Bundesamt sagt dies zu und berichtet über die bereits getroffenen Maßnahmen.

### 1.2.4 Produzierendes Gewerbe

Herr Dr. Dorow weist darauf hin, daß zwar im Produzierenden Gewerbe inzwischen die vollständige Umstellung auf die Konzepte der Bundesstatistik vollzogen wurde, es am Anfang allerdings noch zu Verzögerungen bei der Durchführung der Statistiken und der Ergebnisbereitstellung kommen dürfte. Herr Prof. Dr. Donda habe ja bereits auf



die Schwierigkeiten bei der Durchführung der Erhebungen in den neuen Ländern hingewiesen, die auf fehlerhaftes Anschriftenmaterial und zum Teil auf noch nicht vorliegende Voraussetzungen in den Unternehmen zurückzuführen seien. Vorrangiges Ziel in der nächsten Zeit sei es, den Inhalt der Kartei im Produzierenden Gewerbe den sich rasch ändernden Verhältnissen in den neuen Ländern anzupassen. Trotzdem gehe er davon aus - auf die Frage von Herrn Dr. Brühl eingehend -, daß die Zahlen für Konjunkturanalysen für das Gebiet der neuen Bundesländer brauchbar seien.

Das Statistische Bundesamt informiert zunächst über die Terminsituation bei den kurzfristigen Statistiken. Auf die Frage von Graf Pückler, wann mit Produktivitätskennziffern, die für die Tarifpolitik von Bedeutung seien, gerechnet werden könne, führt Herr Dr. Dorow aus, daß für deren Erstellung zunächst die Ergebnisse der vierteljährlichen Produktionsstatistiken bzw. der Jahrerhebung vorliegen müßten.

Für die Wissenschaft unterstreicht Herr Prof. Dr. Stäglin den Bedarf an Ergebnissen der vierteljährlichen Investitionserhebungen sowie an weiteren kurzfristigen Statistiken zur Produktion und zum Auftrags-  
eingang; auch Herr Dr. Hanau betont den Bedarf an diesen Statistiken für die Deutsche Bundesbank.

Abschließend dankt Herr Dr. Kolfenbach allen Beteiligten für die bisher geleisteten Arbeiten, die trotz der noch bestehenden Wünsche beachtlich seien und seine Erwartungen weit übertroffen hätten.

#### 1.2.5 Bautätigkeit und Wohnungen

Auf den dringenden Bedarf der Forschungsinstitute an Ergebnissen der Baugewerbe- und Bautätigkeitsstatistiken weist Herr Prof. Dr. Stäglin hin. Hierzu führt Herr Dr. Dorow aus, daß Angaben über Umsätze und Auftragseingänge für Januar und Februar 1991 frühestens Mitte Mai vorgelegt werden können. Bei der Bautätigkeitsstatistik werden Ergebnisse für Januar 1991 frühestens Ende Mai erwartet; der Vorlagentermin werde sich jedoch hinauszögern, da mit einer Reihe von Rückfragen bei den Bauaufsichtsbehörden gerechnet werden müsse.



Anschließend informiert Herr Dr. Eisel über die Entscheidung des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, eine Gebäude- und Wohnungszählung 1992/93 in den neuen Bundesländern mit integrierter Wohnungsstichprobe in der gesamten Bundesrepublik durchzuführen.

#### 1.2.6 Handel, Gastgewerbe, Reiseverkehr

Herr Schwenk erläutert anhand der Unterlagen die Schwierigkeiten bei der Einführung der Statistiken. Uneingeschränkt vergleichbare Ergebnisse der Statistiken des Handels- und Gastgewerbes würden erst nach einer Neuauswahl der Berichtskreise im Anschluß an eine Handels- und Gaststättenzählung zur Verfügung stehen. Die Verbände drängten deshalb auf eine baldige Durchführung der HGZ - unter Umständen mit einem reduzierten Merkmalskatalog -, möglichst vor 1995. Auch der Aufbau eines Berichtskreises für die Beherbergungsstatistik bereite ähnliche Schwierigkeiten.

#### 1.2.7 Außenhandel

#### 1.2.8 Verkehr

#### 1.2.9 Bildungs-, Gesundheitswesen, Soziales

#### 1.2.10 Finanzen und Steuern

Der Statistische Beirat nimmt die Berichte des Statistischen Bundesamtes über den aktuellen Stand der Einführung der Statistiken in den neuen Bundesländern zur Kenntnis.

#### 1.2.11 Unternehmensrechnungen, Wirtschaftsrechnungen

Das Statistische Bundesamt hat den Statistischen Beirat u.a. darüber informiert, daß derzeit für das zweite Halbjahr 1990 Kostenstrukturerhebungen bei Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes, der Energie- und Wasserversorgung, des Bau-, Verkehrs- und Gastgewerbes, des Handels, des Handwerks und des Dienstleistungsbereichs nach weitergeltendem DDR-Recht gemäß Einigungsvertrag durchgeführt werden. Ergebnisse, die primär für Zwecke der Volkswirtschaftlichen Gesamt-



rechnungen benötigt werden, liegen nicht vor August/September 1991 vor. Die Herren Dr. Brühl und Dr. Freitag bezweifeln, daß die Ergebnisse der Kostenstrukturerhebungen aussagefähig und damit für die VGR verwendbar seien, zumal die D-Markeröffnungsbilanzen der Unternehmen noch nicht vorlägen.

#### 1.2.12 Löhne und Gehälter

#### 1.2.13 Preise

Der Statistische Beirat würdigt insbesondere die geleisteten Arbeiten auf dem Gebiet der Lohn- und Preisstatistik. So stehen bereits für Juli und Oktober 1990 weitgehend vergleichbare Bruttoverdienste der Arbeitnehmer als auch vergleichbare Ergebnisse der Verbraucherpreisstatistik ab Monats Mai 1990 zur Verfügung. Auf die Frage von Herrn Dr. Hanau nach einem gesamtdeutschen Verbraucherpreisindex erläutert Herr Guckes, daß das Jahr 1991 das erste gemeinsame Basisjahr für die Preisindizes in den alten und neuen Bundesländern sei und daß danach ein mit dem westdeutschen Index kombinierbarer Index in den neuen Ländern vorliegen werde.

#### 1.2.14 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Der Statistische Beirat begrüßt die Vorlage von Ergebnissen der Sozialproduktsberechnung für das zweite Halbjahr 1990 für das Gebiet der ehemaligen DDR nach den in der Bundesrepublik üblichen Konzepten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zur Beiratstagung. Herr Lützel informiert über das weitere Vorgehen. Priorität hätten vergleichbare Zahlen für das Jahr 1991, und zwar sei beabsichtigt, das Bruttosozialprodukt getrennt, aber addierfähig - Entstehungs- und Verwendungsseite - für beide Teile Deutschlands zu berechnen. Mit Vorrang solle auch die vierteljährliche Sozialproduktsberechnung für das Gebiet der ehemaligen DDR eingeführt werden. Wie lange getrennte Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen erstellt würden, sei noch offen; die Europäischen Gemeinschaften verlangten eine getrennte Darstellung bis 1995. Es sei vorgesehen, auch für die zurückliegenden Jahre vergleichbare Ergebnisse zu ermitteln, doch hätten die aktuellen Ergebnisse natürlich Vorrang vor der Rückrechnung.



Herr Prof. Dr. Stäglin bestätigt das große Interesse der Forschungsinstitute an einer Rückrechnung. Auch Herr Dr. Kolfenbach unterstreicht die Bedeutung von Rückrechnungen für die Arbeiten des Bundesministeriums für Wirtschaft. Ebenfalls sollten aus der Sicht der Wissenschaft vorerst getrennte Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen in tiefer Gliederung erstellt werden, eventuell sogar bis zum Jahr 2000, um die unterschiedlichen Lebensbedingungen in den alten und neuen Ländern sichtbar zu machen. Während Herr Dr. Hanau die getrennte Berechnung von Konjunkturdaten für die neuen Länder für eine längere Übergangszeit für erforderlich hält, bezweifelt er diese Notwendigkeit bei den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Allenfalls sollte nur die Entstehungsrechnung für die neuen Länder ermittelt werden; er spricht sich gegen die Vornahme umfangreicher Schätzungen bei der Verwendungsrechnung aus. Aufgabe des Statistikers sei es, Informationen bereitzustellen, die eine Beurteilung der wirtschaftlichen Lage tatsächlich möglich machen, hält Herr Lützel dem entgegen. Zugleich sei es aber auch die Pflicht des Statistikers, auf Fehlerbereiche hinzuweisen, wie das in der dem Beirat vorliegenden Pressemitteilung geschehen sei.

Der Vorsitzende des Arbeitskreises "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder", Herr Prof. Dr. Wingen, informiert die Teilnehmer ergänzend, daß der Arbeitskreis intensiv am Aufbau regionaler Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen in den neuen Bundesländern arbeite.

#### 1.2.15 Umweltschutz

Herr Dr. Dorow weist darauf hin, daß die dreijährlichen Erhebungen zur Abfallwirtschaft auch im Beitrittsgebiet für 1990 - wie in den alten Bundesländern - durchgeführt werden. Eine Vorerhebung für den Bereich der öffentlichen Abfallbeseitigung habe ergeben, daß in den neuen Ländern fast dreimal soviel Abfallentsorgungsanlagen vorhanden seien wie in den alten Bundesländern; daraus resultiere eine große Arbeitsbelastung der neuen Statistischen Landesämter und des Statistischen Bundesamtes infolge der zentralen Aufbereitung. Im Hinblick auf die ökologische Situation in den neuen Bundesländern stellt sich nach Meinung der Herren Dr. Brühl und Dr. Freitag die Frage, ob diese



Situation nicht zusätzlicher bzw. anderer Statistiken bedürfe. Herr Hölder dankt für die Anregung; diese Frage treffe im Prinzip nicht nur auf die Umwelt, sondern auch auf andere Bereiche zu.

## 2. Stand der Entwicklung der Statistik in Europa

Zwei Ereignisse von großer politischer Bedeutung prägen auch die gegenwärtige Entwicklung der Statistik in Europa, das ist zum einen der 1. Januar 1993, der Stichtag für den Großen Binnenmarkt, und zum anderen die Wende in den Ländern Osteuropas, die sich seit 1989 mit erstaunlicher Dynamik vollzieht. Das Statistische Bundesamt hat auf der 36. Tagung des Statistischen Beirats sehr ausführlich über die mit den Vorbereitungen der Statistik für den Großen Binnenmarkt verbundenen fachlichen Prioritäten und die laufenden Arbeiten im Rahmen des Statistischen Programms der EG für den Zeitraum 1989 - 1992 berichtet. Herr Hölder weist darauf hin, daß inzwischen die Europäischen Gemeinschaften und ihr statistisches System gleichsam zum Nucleus eines zukünftigen Systems der gesamteuropäischen Statistik geworden seien, das weit über die Grenzen des Binnenmarktes hinausgehen solle. Dies bedeute in der Praxis, daß das Statistiksystem der EG eine Vorreiterposition bei der Entwicklung der Standards, Normen und Methoden der amtlichen Statistik einnehme, die den Informationsanfordernissen, den Erhebungsbedingungen und dem wissenschaftlich-technischen Stand der amtlichen Statistik in allen Ländern Europas möglichst weitgehend entsprechen. Im Zuge einer immer stärkeren internationalen wirtschaftlichen Vernetzung und Interdependenz besonders der Industrienationen auch von Ländern außerhalb der EG werde die verbindliche Festlegung von Normen und Standards und die einheitliche Anwendung vereinbarter Methoden mit dem Ziel einer weitestgehenden Vergleichbarkeit der Ergebnisse aus den verschiedenen Mitgliedstaaten der EG als unerläßliche Voraussetzung internationaler partnerschaftlicher Wirtschaftskooperation anerkannt. So hätten sich die Mitgliedstaaten der EFTA Ende 1990 entschlossen, die auf EG-Ebene bisher bestehenden statistischen Normen und Standards zu übernehmen; sie arbeiteten inzwischen schon in zahlreichen statistischen Expertengremien der EG mit. Auch die amtliche Statistik in den wichtigsten



außereuropäischen Industrienationen Nordamerikas, Asiens und Australiens habe ihr Interesse an einer Zusammenarbeit mit den europäischen Ländern signalisiert.

Die Wende in den osteuropäischen Ländern bezeichnet Herr Hölder als einmalige Chance auch für die Statistik. So seien die amtlichen Statistiksysteme in den osteuropäischen Ländern fachlich und methodisch an die marktwirtschaftlichen Informationserfordernisse anzupassen - Jahrhundertaufgaben, die von diesen Ländern nicht ohne die finanzielle und technische Hilfe der westlichen Länder bzw. der EG gelöst werden könnten. Von mindestens ebenso großer Bedeutung sei die Neubestimmung der Position und der Aufgaben der amtlichen Statistik in den Ländern Osteuropas als politisch neutrale, fachlich und methodisch unabhängige, der Objektivität der Berichterstattung und der Wahrung des Statistikgeheimnisses verpflichtete Institutionen. Auf der Ebene der Konferenz Europäischer Statistiker arbeiteten die Statistischen Ämter der Mitgliedstaaten deshalb zur Zeit an einer "Charta der Amtlichen Statistik", die vom Polnischen Statistischen Amt angeregt worden sei und deren Verabschiedung auf der diesjährigen Plenarsitzung der Konferenz Europäischer Statistiker angestrebt werde.

Abschließend schlägt Herr Hölder vor, "Entwicklung der Statistik in Europa" im Hinblick auf seine Bedeutung für die Bundesstatistik als Thema für die Tagung des Statistischen Beirats im Jahr 1992 festzulegen; der Beirat stimmt dem zu.

Mit dem Dank an die Beiratsmitglieder und Gäste für ihre Teilnahme und die rege Beteiligung an der Diskussion schließt Herr Hölder die 38. Tagung des Statistischen Beirats.

Berichterstatterin

*Theile*

Theile

Vorsitzender

*Hölder*

Hölder



### 38. Tagung des Statistischen Beirats

Generalthema der 38. Tagung des Statistischen Beirats am 23. April 1991 war die Information über den Stand der Arbeiten bei der Einführung der Bundesstatistik in den neuen Bundesländern. Seit dem 3. Oktober 1990 gelten, dem Einigungsvertrag vom 31. August 1990 folgend, die bundesstatistischen Rechtsvorschriften auch in den neuen Ländern. Mit der Statistikanpassungsverordnung vom 26. März 1991 wurde inzwischen von der im Einigungsvertrag vorgesehenen Möglichkeit Gebrauch gemacht, auf dem Verordnungswege Übergangs- und Anpassungsmaßnahmen im Hinblick auf die durch die Vereinigung geänderte Situation für die Bundesstatistik zu regeln.

Der Statistische Beirat war sich einig, daß aktuelle und zuverlässige statistische Informationen über die Lage und Entwicklung der Wirtschaft und die Versorgung der Bevölkerung im Beitrittsgebiet gerade jetzt dringend erforderlich sind. Er begrüßte in diesem Zusammenhang, daß bereits in wichtigen Teilbereichen, so z.B. im Produzierenden Gewerbe und im Außenhandel, die vollständige Umstellung auf die Konzepte der Bundesstatistik vollzogen wurde. Ferner würdigte er die Vorlage von Ergebnissen der Sozialproduktsberechnung für das Gebiet der ehemaligen DDR nach den in der Bundesrepublik üblichen Konzepten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zur Beiratstagung.

Der Statistische Beirat bezeichnete als besonders dringlich u.a. die Ergebnisse der Berufstätigenerhebung, bei der es sich um eine Statistik der ehemaligen DDR handelt und die im November 1990 aufgrund einer entsprechenden Vorschrift im Einigungsvertrag noch einmal durchgeführt wurde, des Mikrozensus, der Bau- und Bautätigkeitsstatistik, der Handwerksstatistik sowie die vierteljährlichen Investitionserhebungen. Im Hinblick auf die noch für einige Zeit bestehenden Umstellungsprobleme in den neuen Ländern wäre es vor allem aus der Sicht der Wissenschaft wünschenswert, mit Hilfe des vorhandenen Materials auch Schätzgrößen oder vorläufige Angaben zu veröffentlichen. Als wichtige Zukunftsaufgaben wurden insbesondere die für 1992/93 geplante Durchführung einer Gebäude- und Wohnungszählung in den neuen Bundesländern mit integrierter Wohnungsstichprobe in der gesamten Bundesrepublik sowie der Aufbau bundesweit einheitlicher Unternehmensregister angesehen.



Der Statistische Beirat sagte zu, die Statistischen Ämter bei der Aufklärung der Auskunftspflichtigen über Notwendigkeit und Nutzen der Statistik zu unterstützen, um bestehende Akzeptanzprobleme statistischer Erhebungen in den neuen Ländern überwinden zu helfen.

Als Thema für die nächste Beiratstagung im Jahr 1992 wurde die "Entwicklung der Statistik in Europa" vereinbart.



# Auszug aus :

Wirtschaft und Statistik,  
Nr.5 / 1991

## Einführung der Bundesstatistik in den neuen Bundesländern Thema des Statistischen Beirats



Seit dem 3. Oktober 1990 gelten, dem Einigungsvertrag vom 31. August 1990 folgend, die bundesstatistischen Rechtsvorschriften auch in den neuen Ländern. Der Einigungsvertrag enthält darüber hinaus die Möglichkeit, auf dem Verordnungswege Übergangs- und Anpassungsmaßnahmen im Hinblick auf die durch die Vereinigung geänderte Situation für die Bundesstatistik zu regeln. Von dieser Vorschrift hat die Bundesregierung mit der Statistikanpassungsverordnung vom 26. März 1991 Gebrauch gemacht. Bei 21 statistischen Rechtsgrundlagen werden mit dieser Verordnung der jeweilige Erhebungsumfang dem erweiterten Geltungsbereich angepaßt bzw. sonstige sachlich notwendige Anpassungen geregelt, so zum Beispiel in bezug auf die Durchführung der Verdiensterhebungen, der Agrarstatistiken, die Aussetzung bestimmter, explizit 1991 für

1990 angeordneter Jahreserhebungen bzw. solcher Erhebungen, die aus sachlichen Gründen noch nicht durchzuführen sind. Neben der Einführung des Programms der Bundesstatistik muß auch die föderative Organisation der Statistik in den neuen Ländern aufgebaut werden.

Über den Stand der Arbeiten bei der Einführung der Bundesstatistik und den Organisationsaufbau in den neuen Ländern informierte sich der Statistische Beirat auf seiner diesjährigen Tagung am 23. April 1991. Er würdigte insbesondere, daß mit Beginn des Jahres 1991 in wichtigen Teilbereichen, so zum Beispiel im Produzierenden Gewerbe und im Außenhandel, die vollständige Umstellung auf die Konzepte der Bundesstatistik vollzogen wurde. Darüber hinaus konnte das Statistische Bundesamt zur Beiratstagung erstmals Ergebnisse der Sozialproduktsberechnung für das Gebiet der ehemaligen DDR nach den in der Bundesrepublik Deutschland üblichen Konzepten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vorlegen. Als besonders dringlich bezeichnete der Statistische Beirat u. a. die Ergebnisse der Berufstätigenerhebung, bei der es sich um eine Statistik der ehemaligen DDR handelt und die im November 1990 aufgrund einer entsprechenden Vorschrift im Einigungsvertrag noch einmal durchgeführt wurde, des Mikrozensus, der Bau- und Bautätigkeitsstatistik, der Handwerksstatistik sowie die vierteljährlichen Investitionserhebungen. Im Hinblick auf die noch für einige Zeit bestehenden Umstellungsprobleme in den neuen Ländern wäre es vor allem aus der Sicht der Wissenschaft wünschenswert, mit Hilfe des vorhandenen Materials auch Schätzgrößen oder vorläufige Angaben zu veröffentlichen. Als wichtige Zukunftsaufgaben wurden insbesondere die für 1992/93 geplante Durchführung einer Gebäude- und Wohnungszählung in den neuen Bundesländern mit integrierter Wohnungstichprobe in der gesamten Bundesrepublik sowie der Aufbau bundesweit einheitlicher Unternehmensregister angesehen.

Zur Überwindung der Akzeptanzprobleme statistischer Erhebungen in den neuen Ländern wurde der Statistische Beirat dringend um Unterstützung bei der Aufklärung der Auskunftspflichtigen über Notwendigkeit und Nutzen der Statistik gebeten.

Die nächste Beiratstagung im Jahr 1992 soll unter dem Thema „Entwicklung der Statistik in Europa“ stehen.